



CVP-Ständerat Jean-René Fournier:
Verwaltungsrat der Grande Dixence SA
und der Gougra SA



CSP-Ständerat René Imoberdorf:
Verwaltungsrat der EnAlpin AG



FDP-Ständerat Pankraz Freitag:
Verwaltungsrats-Präsident der Axpo
Holding AG



SVP-Ständerat Christoffel Brändli:
Verwaltungsrat der Rätia Energie AG

Wasserzins: Zwei Gutachten des Bundes sprechen klar für einen Speicherzuschlag – Aber die Ständeräte der Gebirgskantone liessen sich von der Stromlobby einseifen

Alpen-Opec hat total versagt!

BERN – Es ist kaum zu glauben: Der Bundesrat legt zwei teure Experten-Gutachten vor, welche sich klar für einen Speicherzuschlag für Strom aus Speicherkraftwerken aussprechen. Für das Wallis fordern die Gutachter gar 35 Millionen Franken. Doch die Ständeräte der Gebirgskantone liessen sich von der Stromlobby einseifen. Der Speicherzuschlag ist kein Thema. Die einst starke Alpen-Opec hat total versagt.

VON KURT MARTI

Es ist Montag, der 25. August 2008 in Bern. Die Energiekommission des Ständerates hat den roten Teppich für die Vertreter der Stromlobby ausgerollt, welche gekommen sind, um ihren Tarif zur Erhöhung der Wasserzinse durchzugeben. Die Lobbyisten des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) sind aufgeschreckt, denn der Bundesrat hat ein ökonomisches und ein juristisches Experten-Gutachten ausarbeiten lassen, welche neben einer normalen Erhöhung der Wasserzinse zusätzlich einen Speicherzuschlag vorschlagen. Allein für den Kanton Wallis ist von 35 Mil-

lionen Franken jährlich die Rede. Das juristische Gutachten begründet den Speicherzuschlag mit juristischen Argumenten. Zwei Steilpässe für die Vertreter der Alpen-Opec, möchte man meinen. Doch weit gefehlt! Hinter den Kulissen gelingt es der Stromlobby, den Speicherzuschlag abzuwürgen.

Alpen-Opec im Dienste der Strombranche

Als im Herbst 2008 die Vertreter des Bundesamtes für Energie (BFE) die beiden Gutachten in der Energiekommission des Ständerates vorstellen, senken die Vertreter der Alpen-Opec ihre Häupter. Keiner nimmt den Steilpass auf, keiner stellt

entsprechende Anträge für einen Speicherzuschlag. Die Suppe ist schon gelöffelt, die Ständeräte der Alpen-Opec von der Stromlobby eingeseift. In der 13-köpfigen Energiekommission sitzen fünf Ständeräte aus den Gebirgskantonen: René Imoberdorf (CSP-VS), Christoffel Brändli (SVP-GR), Hansheiri Inderkumm (CVP-UR), Filippo Lombardi (CVP-TI) und This Jenny (SVP-GL). Imoberdorf steht bekanntlich im Solde der deutsch-französischen «EnAlpin» und Brändli der «Rätia Energie AG». Auch zwei weitere Ständeräte der Alpen-Opec gerieten durch die beiden Gutachten in einen Interessenkonflikt: CVP-Ständerat Jean-René Fournier, welcher Verwaltungsrat der «Forces Motorices de la Gougra SA» und der «Grande Dixence» ist, und der Glarner FDP-Ständerat Pankraz Freitag, welcher VR-Präsident der «Axpo» ist, dem grössten Stromkonzern der Schweiz. Am 10. Februar 2009 schickte die Energiekommission des Ständerates (UREK) den Gesetzesentwurf zur Erhöhung der Wasserzinsen in die Vernehmlassung. Im erläutern-

den Bericht stehen drei grobe Böcke:

1. Bock: Irreführung

Im Frühjahr 2006 hat der damalige SP-Nationalrat Jean-Noël Rey und 50 weitere Parlamentarier ein Postulat eingereicht, mit welchem die Erhöhung der Wasserzinse unter Berücksichtigung der Speicherkapazität der Wasserkraft verlangt wurde. Im UREK-Bericht steht dazu irreführend, der Bundesrat habe diesem Postulat entsprochen, indem er eine Studie in Auftrag gegeben habe, «deren Resultate im Frühling 2009 erwartet und der Kommission umgehend zugestellt werden.» Tatsache ist: Die Mitglieder der UREK wurden bereits im Herbst 2008 vom BFE über die Resultate der beiden Studien informiert. Der Schlussbericht des juristische Gutachtens von Dr. iur. Jörg Leimbacher lag bereits am 1. Oktober 2008 und das ökonomische Gutachten am 28. Oktober 2008 vor.

2. Bock: Widerspruch

Die UREK behauptet im Bericht, dass die Einführung eines Speicherzuschlages «eine

grundlegende Neugestaltung des Wasserzinses» bedingen würde. Diese Behauptung steht im krassen Widerspruch zum 180 Seiten starken, juristischen Gutachten, welches der Bundesrat vom Juristen Jörg Leimbacher erarbeiten liess. Laut Leimbacher ist der Speicherzuschlag «als Teil des Wasserzinses eine Kausalabgabe - und keine Steuer.» Und folglich ist der Speicherzuschlag eine bloße Erhöhung des Wasserzinses und erfordert keine grundlegende Neugestaltung des Wasserzinses, wie die UREK wider besseres Wissen behauptet.

3. Bock: Frechheit

Die UREK hat sämtliche Argumente der Stromlobby in den Bericht übernommen. Der Gipfel der Frechheit ist dabei folgende Behauptung der UREK: «Im weiteren profitieren die Gemeinwesen von den höheren Erträgen der Speicherenergie über die Gewinnbesteuerung.» Eine zynische Bemerkung, denn bekanntlich werden die Gewinne nicht in den Alpenkantonen besteuert, sondern in den Städten und Kantonen des Mittellandes und der Westschweiz.